

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor der Reichstagsauflösung.

Im Reichstag, dessen Mitglieder im Laufe des Vormittags zu der heute nachmittags 3 Uhr beginnenden Sitzung zahlreich eintrafen, sprach man nur noch von der bevorstehenden Auflösung. Man nimmt sogar an, daß die Auflösung schon vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz erfolgen könnte, nämlich wenn aus den Erklärungen der Oppositionsparteien hervorgegangen sein wird, daß eine Mehrheit für das umstrittene Gesetz nicht vorhanden ist. Man spricht auch von einer Abkürzung des Wahltermines, die es ermöglichen würde, die Wahlen noch vor Weihnachten stattfinden zu lassen.

Im Vorkommensauschuß beriet man heute gleichfalls über die Lage, die sich aus der zu erwartenden Auflösung des Reichstages ergibt. Ein gemeinsamer Antrag aller Parteien ist in Erwägung gezogen worden, durch den bewirkt werden soll, daß während der reichstagslosen Zeit ein Reichstagsauschuß amtiert, der die von der Regierung auf Grund des Artikels 48 erlassenen Verordnungen nachprüft. Die sozialdemokratische Fraktion, die um 1/3 Uhr zusammentritt, wird jedenfalls mit allergrößtem Nachdruck verlangen, daß der Wahlkampf von allen Fesseln des Ausnahmestandes befreit wird. Große Sorge verursachen die Zustände im besetzten Gebiet, wo die geregelte Durchführung der Wahlen wenn nicht durch französische Machthaber, dann doch gewiß durch ihre vorgeschobenen Boten, die separatistischen Herden, auf das ernsteste bedroht ist.

Der Reichsrat beschäftigte sich heute vormittag in einer vertraulichen Sitzung mit dem Ermächtigungsgesetz. Zu einem Beschluß kam man noch nicht. Die Sitzung wurde vielmehr nach kurzer Vertagung um 1 Uhr wieder aufgenommen. Es ist vorauszu sehen, daß der Reichsrat dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung erteilen wird. Möglicherweise wird es zu einigen Abänderungen kommen, die eine gewisse Mitwirkung der Landesregierungen an den zu erlassenden Verordnungen sicherstellen sollen.

Neuwahlen in Mecklenburg.

Schwerin, 4. Dezember. (M.D.) Das Staatsministerium hat beschlossen, daß die Neuwahlen zum Landtage am Sonntag, den 17. Februar 1924, stattfinden sollen.

Schwerin, 4. Dezember. (M.D.) Staatsminister Dr. Brückner hat dem Staatsministerium gegenüber wiederholt den Wunsch ausgesprochen, von der verfassungsmäßigen Pflicht zur Welterfüllung der Geschäfte eines Staatsministers bis zur Wahl eines Nachfolgers befreit zu werden. Das Staatsministerium hat beschlossen, diesen Wunsch an den Vorkommensauschuß des Landtages weiterzuleiten.

„Geheimakten des Innenministers“.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bringen unter der obigen sensationellen Überschrift die Meldung, daß eine Hausdurchsuchung im kommunistischen Parteibureau in Dresden sei ein Geheimvertrag zwischen der kommunistischen Landtagsfraktion und dem sächsischen Innenminister Genossen Liebmann vorgefunden, in dem Liebmann zugesichert, daß die im Etat vorgesehenen Polizeigelder nur im Kampfe gegen rechts verwendet werden sollten.

Einem Vertreter unseres Dresdener Parteiblattes hat der Innenminister dazu Aufklärungen gegeben, denen wir folgendes entnehmen:

Im Etat für 1923 war ein 20-Millionen-Fonds für die Bekämpfung von Unruhen gefordert. Die Kommunisten bezichtigten als Zweck dieses Fonds, Arbeiter zu mordeten. Deshalb lehnten sie dem damaligen Innenminister Wipstiel den Fonds ab. Es trat der Regierungswechsel ein, Müller-Regierung wurde gestürzt und das Kabinett Zeigner sollte an die Stelle des Kabinetts Wipstiel treten. Die Frage war nun, wie sich in dieser neuen Situation die Kommunisten zu der Forderung von 20 Millionen Mark zur Bekämpfung von Unruhen stellen würden. Bei einer Besprechung, die ich ohne Kenntnis der sächsischen Regierungsglieder mit Vertretern der kommunistischen Fraktion habe und an der u. a. auch der Abgeordnete Renner teilnahm, habe ich den Kommunisten gesagt: „Zur Bekämpfung von Unruhen kommt man nicht mit einem Fonds von 20 Millionen aus. Das ergibt sich schon aus der lächerlich geringen Höhe der Summe. Wir brauchen auch keinen besonderen Fonds zu diesem Zweck, denn dazu sind ja die im Etat angeordneten laufenden Mittel für die Polizei da. Wenn es es aber zweifellos, daß gegen sie in letzter Zeit die faschistischen Organisationen in außerordentlich hartem Maße regnen. In besonderen sind wiederholt Werbestreitungen reaktionärer Organisationen durch Flugblätter und mündliche Propaganda von Bayern her in Sachsen beobachtet worden. Es geht sich, daß diese Organisationen und Organisationen äußerst geschickt betreiben werden. Trotz aller Bemühungen ist es bisher nur in den letzten Wochen gelungen, diese reaktionären Organisationen so auf die Spur zu kommen, daß gegen sie vorgegangen werden kann. Zur Sicherung der Republik wird es vor allen Dingen notwendig sein, daß die Geheimpropaganda der reaktionären Kräfte beobachtet wird. Dazu brauchen wir natürlich Geld. Ich bin der Meinung, daß die im Etat angeordneten 20 Millionen für diesen Zweck verwendet werden sollten.“ Auf eine Frage, ob die 20 Millionen nicht auch gegen die Arbeiter verwendet werden würden, erklärte ich, dazu sage gar kein Wort. Jetzt kommt es darauf an, Mittel zu haben, um der Gefahr begegnen zu können, die der Republik von reaktionärer Seite droht. Diese Erklärungen schienen den Kommunisten zu genügen. Sie waren nun bereit, bei ihrer Forderung für Bewilligung der 20 Millionen Mark einzutreten. Am Schluß der Besprechungen überreichte

mir der Abgeordnete Renner eine Formulierung des Ergebnisses der Besprechung mit dem Ersuchen, sie zu unterschreiben. Ich hielt zunächst diese Formulierung für recht überflüssig und kleinlich, ich hatte aber auch gar keinen Anlaß, die Richtigkeit der Formulierung zu bestreiten und die Unterscheidung abzulehnen, weil ich das, was ich mit den Kommunisten besprochen hatte, ebenjotig in aller Öffentlichkeit hätte erklären können. Es kann also von Geheimnissen des Innenministers Liebmann gar keine Rede sein, übrigens auch schon deshalb nicht, weil es sich gar nicht um eine Amtshandlung des Ministers handelt. Die Besprechung fand am 22. März statt, der Amtsantritt des Ministers erfolgte am 1. April. Es ist also nur die private Abrede eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit einigen Vertretern der kommunistischen Fraktion, wobei es darauf ankam, Differenzen über die Verwendung der 20 Millionen Mark zu beseitigen und Klärung zu schaffen.

„Nicht vorbeigegangen werden.“ so schloß Liebmann, „dann an der Frage, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in den Besitz des amtlich beschlagnahmten Materials gekommen sind. Es muß selbstverständlich untersucht werden, welche Amtspersonen für diesen Mißbrauch amtlichen Materials verantwortlich sind.“

Schweizerische Hilfsaktion.

Bern, 4. Dezember. (M.D.) Die Berichte über die in Deutschland herrschende Not haben die stets wache Hilfsbereitschaft der schweizerischen Bevölkerung sehr erhöht. In den verschiedensten Gegenden der Schweiz sind neue Komitees zur Hilfeleistung für Deutschland an der Arbeit. An der Spitze steht ein schweizerisches Kinderhilfskomitee in Bern, das zugleich eine große Hilfsaktion für Rußland durchgeföhrt hatte und sich seit mehreren Monaten der Hilfeleistung für deutsche Kinderheimen und für den notleidenden deutschen Mittelstand widmet. Es hat nun kein Programm erweitert zu einer allgemeinen Hilfsaktion für Deutschland und beschloß, demnachst auch mit der Errichtung von Schweizer Küchen für Notleidende vorerst in Süddeutschland zu beginnen. Zu diesem Zweck, insbesondere zur Versorgung der bayerischen Grenzgebiete mit Lebensmittel, soll auch ein Staatsbeitrag vom schweizerischen Bundesrat erbeten werden.

Eine vom Komitee selbst in der ganzen Schweiz veranstaltete Sammlung hat bisher außerordentlich günstige Ergebnisse gezeigt, und es konnten bereits ganze Eisenbahnzüge von Lebensmitteln, Wäsche und Kleidungsstücken nach Deutschland gefandt werden. Außerdem hat das Komitee gemeinschaftlich mit den ihm angeschlossenen Kinderhilfsaktionen in diesem Jahr rund 4000 deutsche Kinder in Freiplätzen bei schweizerischen Familien für die Dauer von 8 Wochen unterbringen können.

Neben dem schweizerischen Kinderhilfskomitee wirken noch das Komitee für die hungernden Völker, die Caritas-Zentrale der schweizerischen katholischen Volkvereine und des katholischen Frauenbundes, ferner der unter dem Protektorat des Bischofs von St. Gallen stehende Ausschuss in St. Gallen. In Zürich ist unter Führung des Universitätsprofessors Dr. Jaquet eine Organisation im Entstehen begriffen, die sich der Hilfeleistung für darbenende Intellektuelle (Arzte, Juristen, Künstler und Schriftsteller) in Süddeutschland widmen will. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund organisiert unter Mitwirkung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei eine Hilfsaktion für darbenende Arbeiterkinder. Die seit Jahren ununterbrochen ablaufende schweizerisch-deutsche Hilfskommission wird unabhingig von den genannten Organisationen ihre Hilfeleistung für studierende Wirtschaftswissenschaftler, insbesondere für die sächsischen Hochschulen, fortsetzen, für die allein sie bisher zirka 185 000 Schweizer Franken aufwenden konnte.

Devisen kommen zum Vorschein.

Die amtlichen Kurse unverändert.

In den Auslandsbörsen hat gestern die Kursbesserung der Mark so starke Fortschritte gemacht, daß fast überall die Parität der Berliner amtlichen Notierungen erreicht wurde. Allerdings herrschen zurzeit hier starke Zweifel, ob diese Entwicklung noch weitere Fortschritte machen wird. In dieser Beziehung sieht man vor allem der morgen bevorstehenden Tätigkeit der Berliner Devisenbörse mit einiger Sorge entgegen. Man befürchtet, daß dort der übermächtige Einfluß gewisser ausländischer Bankniederlassungen im besetzten Gebiet sich zum Schaden der verschiedenen deutschen Währungen auswirken könnte. Im Vergleich zu den vorangegangenen Wochen bietet der Berliner Börsenverkehr ein gänzlich verändertes Bild. Während bisher Devisen aus privatem Besitz kaum an die Börse kamen, wurde heute hier und da schon der Versuch gemacht, vor Festsetzung der amtlichen Kurse unter der Hand ausländische Zahlungsmittel an den Mann zu bringen. Auch für Goldanleihe zeigte sich reichlich Abgabeneigung. Besonders Eindruck machte, daß auch von den heutigen Auslandsbörsen wieder sehr günstige Marktkurse gemeldet wurden, die ungefähr auf der Parität der bisherigen amtlichen Berliner Kurse lagen. Im amtlichen Devisenverkehr wurden wieder die gestrigen Kurse bei einer Zuteilung von 1 Proz. festgesetzt. Goldanleihe notierte 4,2.

Die Tendenz der Effekten bleibt sehr flau, obwohl der Geldmarkt eine nie gekannte Flüssigkeit aufwies. Tägliches Geld war heute mit 4 Proz. angeboten. Die erneute kritische innerpolitische Lage fand an der Börse keine Berücksichtigung. Offenbar dauern die Verkauf von Effekten für Rechnung großer Industriekonzerne fort. Die Spekulation, die noch mit weiteren schwachen Börsenlagen rechnet, zeigt nur wenig Neigung, sich wieder einzubeden.

Die Schuld Ludendorffs.

Der demokratische Abg. v. Payer, von 1917 bis zum Zusammenbruch Vizeminister des Deutschen Reiches, läßt soeben im Verlage der Frankfurter Sozialverlagsanstalt seine Erinnerungen erscheinen. Der hervorragend objektiven Darstellung der Ereignisse in den Tagen des Zusammenbruchs entnimmt die „Frankf. Zig.“ die folgenden Absätze, die das Gewebe der Ludendorffschen Berühmungsstrategie glatt zerreißen:

Als sich allmählich unbestreitbar herausstellte, daß die Waffe des unbeschränkten U-Bootkrieges versage, mußte, da ja nach der eigenen Auffassung der Obersten Heeresleitung schon zur Zeit der Entscheidung über den U-Bootkrieg Ende 1916 mit den Mitteln des Landkrieges allein der Sieg nicht mehr zu erreichen gewesen war, nun eben notgedrungen auf die andere Alternative zurückgegriffen werden: man mußte sehen, zu Friedensverhandlungen zu kommen. Das war auch die Auffassung des Reichstages, die er schließlich in der Friedensresolution vom Juli 1917 zum Ausdruck brachte. Wenn eine solche Aktion zu unserem Schaden nicht zum Zuge kam, war die Oberste Heeresleitung insofern daran schuld, als sie an den weitgehenden, früher für den Fall eines glücklichen Ausganges des Krieges in Aussicht genommenen Kriegszielen auch weiterhin zäh festhielt, als ob unsere Lage noch gleich günstig wäre wie vor Jahr und Tag. Noch im Kronrat vom 14. August 1918 stand sie auf dem Standpunkt, erst Ende August 1918 entschloß sie sich zum Verzicht auf Belgien. So kamen wir wiederum auf Grund der Einschätzung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung auch um die Chance, rechtzeitig wenigstens einen noch leidlichen Frieden abzuschließen. Auch diese Einschätzung der Obersten Heeresleitung aber war falsch. Wir kamen nicht zum in Aussicht genommenen Sieg, sondern zum unaufhaltsamen Rückzug.

Noch hatten wir, nachdem die Oberste Heeresleitung wenigstens einmal angefangen hatte, ihren Irrtum einzusehen und durch Zurücksträubung der Kriegsziele den Weg zu nicht ganz ausichtslosen Friedensverhandlungen zu eröffnen, wenigstens die Möglichkeit, diese in einer der üblichen diplomatischen Formen einzuleiten. Auch dieser letzten Möglichkeit hat uns, wiederum auf Grund einer diesmal in der umgekehrten Richtung falschen Einschätzung der militärischen Lage, die Oberste Heeresleitung herabst. Am 29. September kam sie, für uns in der Reichsregierung völlig überraschend, zu der Ueberzeugung, daß wir Frieden haben müssen, und zwar angesichts der militärischen Lage so rasch, daß wir die Verhandlungen damit beginnen müssen, unsere Feinde mit der Mitteilung der Friedensgenötigkeit gleichzeitig sofort um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Dieser auf beiden Seiten nicht anders denn als Zeichen großer militärischer Schwäche und Depression aufzufassende Schritt, der bei unseren Feinden die stärkste Belebung des Siegeswillens, dagegen bei uns wie bei unseren Bundesgenossen die äußerste Niederbegehrtheit und Hoffnungslosigkeit in Heer und Volk zur unvermeidlichen Folge haben mußte, wurde uns als in dem Maße dringlich geschuldet, daß uns nach tagelangem Ringen gar nichts anderes übrig blieb, als trotz der größten Bedenken dem Drängen der Obersten Heeresleitung auf der Stelle zu folgen, ohne auch nur die Möglichkeit einer Prüfung der Sachlage durch andere Sachverständige zu haben. Die Oberste Heeresleitung lebte ein diesbezügliches Ansinnen getränkt ab, und wir unerfahrenermaßen die Verantwortung dafür nicht übernehmen, durch Ablehnung des Verlangens der Obersten Heeresleitung eine unmittelbare drohende militärische Katastrophe heraufzuschwören. Damit war in der Hauptsache der Krieg beendet, unser Schicksal besiegelt, und — es ist erregend, das feststellen zu müssen — auch diese alarmierende Einschätzung muß falsch gewesen sein: obwohl es noch Wochen anstand, bis es zum Waffenstillstand kam, und obwohl während dieser Wochen insolge des Waffenstillstandserluchens unseren Feinden das Kämpfen um ebenso viel leichter fiel als unseren Heeren schwerer, kam es glücklicherweise nirgends zur Katastrophe, und die Oberste Heeresleitung selbst war es, die, kaum daß das Unheil seinen Lauf hatte, die Verhandlungen wieder abbrechen und den Krieg von neuem in großem Umfang wieder aufnehmen wollte. Das haben wir allerdings abgelehnt und damit nach meiner Ueberzeugung das deutsche Volk vor dem Letzten bewahrt, daß auf Grund der wieder umgewandelten Abhängigkeit der Obersten Heeresleitung die Feinde auch noch das Deutsche Reich weit hinein erobert, besetzt und zerschlagen hätten.

Doch es bedarf der Erwägungen über das, was noch hätte geschehen können, nicht, es ist genug an dem, was geschehen ist und geschehen ist durch die Schuld der Obersten Heeresleitung.

Von dieser Verantwortlichkeit für das trübste Blatt der Geschichte der deutschen Kämpfe, für das läche Zusammenbrechen des deutschen Heeres und Volkes kann sie niemand befreien: entweder war unsere militärische Lage so kritisch, daß wir wirklich schleunigst um Waffenruhe bitten mußten, dann hätte die Oberste Heeresleitung das doch rechtzeitig kommen sehen müssen, so daß wir noch beiseiten hätten Friedensverhandlungen veranlassen können, oder aber solche Eile war nicht nötig, dann hätten wir noch Zeit, Friedensverhandlungen ohne Anmeldung des völligen Zusammenbruchs zu beginnen. Ueber diese Alternative kommt man nicht weg.

General Ludendorff schreibt jetzt, es kam nicht darauf an, von heute auf morgen einen Waffenstillstand zu bekommen, sondern überhaupt erst einmal die Verbindung mit dem Feinde aufzunehmen. Doch nicht. Gerade das war ja die Reinigungsverschiedenheit zwischen der sich damals bildenden Regierung und der Obersten Heeresleitung, daß Prinz Max eine militärische Lage, die uns zwingt, just mit dem verhängnisvollen Waffenstillstandsersuchen zu beginnen, für undenkbar haltend nicht mit diesem beginnen wollte und daß ihm die Oberste Heeresleitung unter Hinweis auf die militärischen Folgen eines nicht sofortigen Abgehens des Waffenstillstandsersuches zustimmte, bis er sich gezwungen sah, nachzugeben.

Hindenburg verlangt in dem bekannten Telephonat am 1. Oktober, mittags 1.30 Uhr, ja keineswegs in erster Linie Bildung der Regierung, sondern ausdrücklich eventuell Abfindung der Rote durch die alte Regierung. Ebenso bittet Grünau (Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Seite 34) am selben Tage, mittags 2 Uhr, das Auswärtige Amt in Ludendorffs Auftrag, „nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten“, und Versner (ebendasselbe Seite 36) faßt den Auftrag Ludendorffs zur selben Zeit dahin zusammen: „das Angebot müsse sofort hinausgehen, 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten, es komme alles darauf an, daß das Angebot spätestens Mittwoch Nacht oder Donnerstag früh in Händen der Entente sei“. Man kann also wirklich nicht darüber im Zweifel sein, um was es sich damals gehandelt hat.

Wenn ich recht verstehe, wollen die literarischen Vertreter der Obersten Heeresleitung jetzt geltend machen, der Schritt selbst habe weder eine Panik im Innern, noch einen Hoffnungsstau bei den Feinden erzeugen können, die Oberste Heeresleitung habe ja der Reichsleitung gegenüber von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie, falls die Verhandlungen gar nicht zu für uns erträglichen Bedingungen führen, entschlossen sei, den Kampf wieder aufzunehmen und bis zum bitteren Ende durchzuführen. Gewiß, auch die Regierung hat mehr als einmal öffentlich erklärt, daß sie auf diesem Standpunkt stehe, aber den Feinden gegenüber im Waffenstillstandsersuchen selbst konnten wir, ohne dieses sinnlos zu machen, diesen Vorbehalt doch nicht zum Ausdruck bringen, und alles interne Betonen unserer eventuellen Kampfbereitschaft und ihrer etwaigen Aussichten konnte doch die Auswirkung nicht aufheben, die das Waffenstillstandsersuchen selbst auf Freund und Feind unmittelbar hatte. General Ludendorff betont besonders stark, daß Major Freiherr von dem Busche, als er auf meine Veranlassung am 2. Oktober den Parteiführern des Reichstages über unsere militärische Lage und die sich daraus ergebende Notwendigkeit des unmittelbaren Abganges des Waffenstillstandsersuches an Wilson berichtete, zum Schluß noch die schon in einem früheren Abschnitt aufgeführten ersten Worte beigefügt habe. Das waren gewiß schöne männliche Worte voll vaterländischen Geistes, aber sie standen in unlöslichem Widerspruch mit dem, was wir tun sollten. Daher habe ich mich meinstens keineswegs gewundert, daß sie bei den Parteiführern nicht die geringste Beachtung fanden und, wenn überhaupt, nicht höher denn als dekorativ gewertet wurden. Ein vaterlandsliebender Mann, der mit der Mitteilung eines solchen Zusammenbruches überrascht wird, sieht doch nur die Tatsache und alle Verdrängung ist ihm nebensächlich. Was soll es ihm in dem Augenblick, da wir dem Feind im Waffenstillstandsersuchen unsere militärische Schwäche offiziell bekunden, bedeuten, wenn ihm gesagt wird, daß wir eventuell später das Gegenteil von Schwäche zeigen werden? Wie soll er an einen Erfolg dieses Aufstehens in der Minute glauben, da ihm eröffnet wird, es müsse zu einem geradezu verzweifelten Mittel gegriffen werden, weil, wie Herr von dem Busche den Herren sagte, jede vierundzwanzig Stunden die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheiten geben können, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen? Kein Vorbehalt und kein noch so schöner Vorbehalt für die Zukunft konnten die Beteiligten darüber hinwegtäuschen,

daß wir ein verderbliches Schwächebekenntnis ablegen und unserer Widerstandsfähigkeit voraussichtlich damit das Rückgrat brechen werden. Daß die verantwortlichen Stellen alles tun, um in einer solchen Lage Volk und Heer nicht geradezu in Verzweiflung zu jagen, indem sie selbst unsere Lage für dauernd aussichtslos erklären, ist eine selbstverständliche Pflicht der Führenden, nur soll man nicht glauben, daß damit der verhängnisvollen Wirkung der Maßregel an sich der Stachel genommen werden könnte.

Die literarischen Vertreter der Obersten Heeresleitung versuchen jetzt, wohl in der Erkenntnis, daß das Waffenstillstandsersuchen und die Art, wie es erzwungen wurde, vor der Geschichte nicht zu rechtfertigen sein werden, den Kampf auf ein anderes Gebiet zu verlegen und die Oberste Heeresleitung dadurch zu entlasten, daß sie sich gebärden, als ob der Fehler hätte wieder gut gemacht werden können, wenn man etliche Wochen später die Verhandlungen abgebrochen, den Krieg mit voller Kraft wieder angefangen und so lange fortgesetzt hätte, bis bessere Bedingungen erzielt gewesen wären. Damit hat man dann zugleich einen bequemen Sündenbock in denen, die eine solche Politik nicht mitmachen konnten. Es mag sein, daß die Oberste Heeresleitung später wieder glaubte, mit dem Waffenstillstandsangebot eben auch nur, wie das im Kriege ja vorkommt, eine Karte ausgespielt zu haben, die man, wenn sich die Verhältnisse wieder ändern, in diesem Falle also, wenn die unmittelbare Katastrophengefahr glücklich vorübergegangen sei, wieder zurücknehmen oder durch eine andere ersetzen könne — in Wirklichkeit hatte sie, was die Wirkung auf das deutsche Volk und Heer anbelangt, mit dem Ersuchen an Wilson das Spiel aufgegeben. Von diesem Wetterwechsel haben sich beide, wie ich vom ersten Augenblick an innerlich fürchtete, nicht mehr erholt und die außenpolitische wie die militärische Lage haben sich in diesen Wochen doch auch nicht so entwickelt, daß sie Aussichten auf bessere Zeiten geboten hätten. Die habsburgische Monarchie war politisch vollends zusammengebrochen und stand, auch dem Blindesten erkennbar, vor dem militärischen Bankrott, und der heldenmütige Widerstand, den noch viele Teile des deutschen Heeres leisteten, konnte den allgemeinen Rückzug wohl teilweise noch aufhalten, er konnte noch verhüten, daß aus dem Rückzug eine Flucht wurde, aber abwenden konnte er unser Schicksal nicht mehr. Was wir anfangs Oktober nicht mehr konnten, konnten wir drei Wochen später, politisch und militärisch ungeheuer geschwächt und seelisch zermürbt, erst recht nicht mehr.

Auch die Versuche des Generals Ludendorff selbst, die Oberste Heeresleitung außer der Schußlinie zu rücken, haben nichts Ueberzeugendes. Er vertritt wiederholt die Ansicht, die Ursache der sogenannten, auch ihm nicht entgangenen Bankrottstimmung sei beileibe nicht etwa das Waffenstillstandsangebot selbst, auch nicht das sogenannte Drängen der Obersten Heeresleitung, sondern vor allem die Art und Weise gewesen, wie damals bei Behandlung der Sache in Berlin von allen Seiten verfahren und gearbeitet worden sei — als ob irgendeine Art der Behandlung die Tatsache, daß wir unsere Feinde um Waffenruhe ersuchen sollten, und deren seelisch Wirkung hätte erhellen können. Ich selbst habe diese Tatsache ruhig und sachlich, ohne jegliche Aufschauung oder Ausschmückung, ohne irgendein Schlagwort, rein als Tatsache, einer ganzen Anzahl von Personen, wie es mein Amt war, mitgeteilt, ich bin anwesend gewesen, wie andere daselbst taten, und ich habe nie einen anderen Eindruck gesehen als den eines fast fassungslosen Entsetzens, das von allen Einzelheiten ebenso wenig berührt wurde als von den daran geknüpften guten Vorsätzen und Hoffnungen für die Zukunft. Ich traue mir daher ein besseres Urteil über diese Frage zu als dem General Ludendorff.

Bayerisches Ermächtigungsgesetz.

München, 4. Dezember. (WZ.) Ueber Sparmaßnahmen teilt die Korrespondenz Hoffmann mit: Die Finanzlage des bayerischen Staates ist außerordentlich ernst. Der Finanzminister glaubt, die Verantwortung nur noch tragen zu

können, wenn mit größter Beschleunigung die notwendigen Sparmaßnahmen in der Staatsverwaltung durchgeführt werden. Die Staatsregierung hat nun in einer Bekanntmachung gewisse vorbereitende Maßnahmen zur Einleitung einer großzügigen Sparpolitik getroffen. Die Bekanntmachung weist auf die Notwendigkeit hin, daß einerseits die Angleichung der Steuern und sonstigen Einnahmen an den augenblicklichen Wert des Geldes und andererseits weitestgehende Einschränkungen aller Ausgaben erfolgen müssen, damit sie durch ordentliche Ausgaben wieder gedeckt werden können. Die Bekanntmachung stellt des Weiteren eine Reihe von Grundzügen auf, nach denen künftig verfahren werden soll. So können für Neu- oder Umbauten bis auf weiteres grundsätzliche Mittel nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Auch Wasser- und Straßenbauten seien bis auf weiteres, soweit tunlich, zurückzusetzen. Kulturbaumaßnahmen seien grundsätzlich nur noch dann in Angriff zu nehmen, wenn die Kosten zum größten Teil von den Beteiligten selbst ohne Inanspruchnahme des Staates aufgebracht würden. Es handelt sich um Maßnahmen, zu deren Ausführung die Staatsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit ermächtigt ist. Darüber hinaus soll, wie wir hören, durch ein eigenes Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung weitgehende Befugnis für die Wiedergewinnung des Staatshaushaltes gefordert werden.

Für ein ungeteiltes Rheinland.

Der sozialdemokratische Bezirksparteitag des Bezirks Niederrhein, der gestern in Düsseldorf stattfand, beschäftigte sich in erster Linie mit der Stellung der Partei zur Rheinlandfrage. Von dem Referenten wurde betont, daß Frankreich nach dem Grundsatz „Teile und herrsche!“ darauf ausgehe, mehrere Staaten zu gründen. Die Sozialdemokratie habe im Interesse der Arbeiterschaft dafür zu sorgen, daß das ganze besetzte Gebiet zusammenbleibe.

Dieser Standpunkt hätten auch die Gewerkschaften vor einiger Zeit auf einer Konferenz vertreten, und es wäre zu wünschen, daß die Partei zu dem gleichen Ergebnis käme. Wenn ein Staatswesen gegründet werde, so sei damit zu rechnen, daß es seinen Einfluß im Sinne einer Politik des Friedens geltend machen werde.

In der Entschließung dazu heißt es: „In der rheinischen Frage steht der Parteitag nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Abtrennung von Reich und von Preußen den Interessen der Arbeiterschaft widerspricht. Wenn die USPD sich an den Arbeiten beteiligt, die durch eine gewisse Sonderstellung der besetzten Gebiete geboten erscheinen, um die Verhältnisse in den Rheinlanden wieder in geordnete Bahnen zu lenken, so deswegen, weil sie den gegen ihren Willen herbeigeführten Lasten Rechnung tragen muß und weil sie es für notwendig hält, bestimmten Plänen kapitalistischer Kreise des Rheinlandes den Willen der Arbeiterschaft entgegenzusetzen.“

Knebelung der Parteipresse.

Der Militärbefehlshaber für Thüringen, General Hoffe, hat unsere Parteipresse, die „Erfurter Tribune“ und den „Balksboden für Sondershausen“, am Montag bis auf weiteres verboten.

Die lange will denn die Reichsregierung diese Art Knebelung der sozialdemokratischen Presse noch dulden? In Schlesien und Bayern, in Thüringen und Pommern, — überall wird unsere Parteipresse stillgelegt auf Grund des Ausnahmezustandes, der sich ursprünglich gegen die bayerischen Weizsäcker richtete. Soll unser Wagnis dieser antimilitarischen Kurs weitergehen?

Der stellvertretende Führer der Zentrumsfraktion, während der Kanzlerschaft Herz leitete der Abgeordnete Bode-Arnsherg die Geschäfte der Zentrumsfraktion.

Die Leiche des Sohnes Leon Daudets soll ausgegraben werden. Mit der Untersuchung der Angelegenheit ist der Untersuchungsrichter Barnaud beauftragt worden.

Bürgerkrieg in China. Aus Hongkong wird gemeldet: Die Armee des Dr. Sun Yat Sen und diejenige des Generals Chen Chiung Ming stehen sich in heftigem Kampfe gegenüber. Dr. Sun Yat Sen ist bekanntlich Präsident der sogenannten Republik Süchina, General Chen Chiung Ming war bisher sein Oberkommandierender, ist aber seit einem Jahre von ihm abgefallen.

London und der Fall Wilde.

Oft ist das Leben Oskar Wildes, dessen Wert als Dichter heute kaum noch umstritten wird, eine Tragödie genannt worden. Das Bild ändert sich, wenn man der Lebensbeschreibung Wildes folgt, wie sie einer seiner treuesten Bewunderer, Frank Harris, entwirft. (Frank Harris, „Oskar Wilde“, Eine Lebensbeichte. S. Fischer-Verlag, Berlin.) Eltel, selbstüberheblich, lafferhaft, feige, unentschlossen, träge und in seinen späteren Jahren zu keiner Arbeit mehr fähig, tritt uns Oskar Wilde hier entgegen. Wenn Frank Harris diese Eigenschaften gegenüber immer wieder die bestückende Liebendürftigkeit und die Geistesfreiheit Wildes im Gespräch betont, so vermag auch das sein Charakterbild nicht wesentlich zu seinen Gunsten zu verschieben. Trotzdem übt die Lebensbeichte, wie Frank Harris seine umfangreichen biographischen Studien nennt, einen starken Reiz aus, weil sie mosaikartig eine große Anzahl von Einzelzügen, Begegnungen und Gesprächen zusammenträgt, so daß das Ganze nicht nur psychologisch ursprünglich und von bleibendem Wert ist, sondern auch ein Gesellschaftsbild aus London gibt, das über den Tag hinaus Interesse behauptet. Wir lassen einen kleinen Ausschnitt folgen.

Oskar Wilde war wegen seines homosexuellen Verkehrs mit Lord Douglas, Wood und Parkers, der ihm die Zuchthausstrafe eintrug, verhaftet worden. Der Eindruck dieser Verhaftung auf gewisse Londoner Kreise war katastrophal:

„Ehen die Nachricht, daß Oskar Wilde verhaftet und nach Holloway gebracht wurde, verfehlte ganz London in Aufruhr und gab das Signal zu einer seltsamen Auswanderung. Alle Jüge nach Dover waren überfüllt, auf allen Dampfern nach Calais drängten sich die Mitglieder der aristokratischen und vornehmen Kreise, die es scheinbar vorzogen, sich in Paris oder selbst zur unangenehmen Jahreszeit in Nizza aufzuhalten, als in einer Stadt wie London zu bleiben, wo die Polizei mit so unerwarteter Strenge einschreiten durfte. Die Wahrheit war die, daß jene feingebildeten Westbeiden, die ich bereits geschildert habe, durch die im Duaneberry-Prozess enthüllten Tatsachen wie vom Donner gerührt waren.“

Zum ersten Male hörten sie, daß solche Häuser wie das Taylorische von der Polizei überwacht und daß Menschen von Woods und Parkers Schläge in die Prostituiertenkassen eingetragenen und beobachtet wurden; denn sie hatten sich eingebildet, daß solche Gewohnheiten und Vorgänge im „Land der Freiheit“ unbemerkt blieben. Und auf ihre vorgefaßten Meinungen wirkte es erschütternd, daß die Londoner Polizeidirektion sehr viel Dinge wußte, mit denen sie sich — nach der allgemeinen Voraussetzung — nicht abgab. Dieser unwillkommene greißel Aufklärungstrahl trieb die Lasterhaften in wilder Hast in die Welt hinaus.

Nach nie waren die Mitglieder der leitenden englischen Kreise so zahlreich in Paris zusammengeströmt. Hier konnte man einen

berühmten ehemaligen Minister und dort das kluge Gesicht des Präsidenten einer wissenschaftlichen Akademie sehen. In einem Tisch, im Café de la Paix, sah ich unlängst gealterten Millionär, der wegen seines aussergewöhnlichen Geschmacks in künstlerischen Dingen gefeiert war, — ihm gegenüber ein berühmter General. Man behauptete sogar, daß sich ein gefeierter englischer Schauspieler, nur um die Mode mitzumachen, ein für drei bis vier Tage gültiges Rückreisbillet nach Paris genommen hätte. Der Komödiant kehrte schnell zurück, aber die Mehrzahl der Zugvögel blieb eine Zeit lang fern. Der Sturm des Schredens, der sie über den Kanal geweht hatte, hinderte ihre Heimkehr und sie schwärmten unter Vorwänden aller Art über den Kontinent — von Neapel bis Monte Carlo, von Palermo bis Sevilla.“

Die Schilderung läßt darauf schließen, daß die abnorme Veranlagung, um deren Willen Wilde die Zuchthausstrafe schlucken mußte, in England keineswegs zu den Selteneren gehört. Wenn Wilde trotzdem auf den hohen Verdacht hin für die Öffentlichkeit erbeidigt war (selbst seine Theaterstücke, die soeben noch mit dem größten Erfolg über die Bühne gingen, verschwanden vom Spielplan), so zeigt das, wie sehr man in England an dem Konventionellen und am Schein der Wohlstandigkeit hängt. Aber das ist ja eine Eigenschaft, die der englische Bürger mit den Bürgern anderer Länder gemein hat, mag sie auch drüben etwas stärker aufgedeckt sein.

Die beste Temperatur für den Körper.

Im Winter muß der menschliche Körper sich bei den wechselnden Temperaturen, wie sie das geheizte Zimmer und die freie Luft bieten, den verschiedenen Bedingungen stets von neuem anpassen. Es ist nun von Wichtigkeit, zu wissen, welche Luft- und Witterungsbedingungen für den Organismus am günstigsten sind. Darüber spricht Dr. Groffe in der „Umschau“.

In unserem Klima erreicht die Temperatur im Schatten nie die Höhe, die das Blut des menschlichen Körpers immer hat. In geschlossenen Räumen befinden wir uns bei Temperaturen unter 20 Grad am wohlsten. Diese Zahl liegt fast 17 Grad unter unserer Eigentemperatur. Der Körper gibt nun stets nach außen Wärme ab; er verliert auch hohe Wärmebeträge durch Verdunstung, da unsere Haut feucht ist und die umgebende Luft stets Wasserdampf aufnimmt. So werden uns beständig hohe Wärmebeträge entzogen, die wir durch Nahrungsaufnahme ersetzen müssen. Fast 3000 Wärmeinheiten, d. h. die Verbrennungswärme von fast einem Pfund Kohlen, müssen wir täglich abgeben; ja bei starker Ausstrahlung kann sich der Betrag sogar verdoppeln. Wenn die Haut unter 28 Grad hat, haben wir schon eine starke Kälteempfindung, und Hitze spüren wir, wenn sie 34 Grad und mehr beträgt.

Auf die Regulierung der Temperatur haben Nahrungsaufnahme, Muskelbewegung und der ganze seelische Zustand starken Einfluß. Die Temperaturen schwanken auf unserer Erdoberfläche zwischen plus 60 Grad und minus

70 Grad, also um 130 Grad; in unserem Klima liegen die Schwankungen zwischen plus 25 Grad und minus 22 Grad. Wir müssen durch entsprechende Kleidung und zweckmäßige Verwendung der Wohnräume uns diesen Veränderungen anpassen. Die verbrauchten Wärmeinheiten werden im Körper durch Verbrennung der zugeführten Nahrungsmittel ersetzt. Da der Winter mehr Wärmeabgabe mit sich bringt als der Sommer, so mühen wir eigentlich im Sommer an Gewicht zu, im Winter abnehmen. Es ist aber meist das Umgekehrte der Fall, da der Appetit im Sommer geringer ist.

Die nötigen Wärmeinheiten für den Körperhaushalt liefern eine Mischung von etwa 100 Gramm Eiweiß, 50 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydraten. Außer der Temperatur wirken noch die Feuchtigkeit und der Druck der Luft auf unseren Körper stark ein. Jeder weiß, wie ungünstig feuchte Kleider oder Schuhe, Zugluft, starker Wind auf den Organismus wirken. Schnelles Strömen oder Fallen der Temperatur macht sich sehr schädlich bemerkbar. Ein Fall von 25 auf 15 Grad ist leichter zu ertragen als ein solcher von 15 auf 5 Grad.

Der in der Luft enthaltene Wasserdampf spielt für den Körper eine große Rolle. Wir verlieren außer der Feuchtigkeit, die im Harn und Kot abgeht, mehr als einen Liter Wasser in Dampf-Form und zwar ein Drittel durch die Lungen, zwei Drittel durch die Haut. In feuchter Luft ist unsere Wasserdampfabgabe geringer, da der Dampfdruck der Luft nur klein ist; dafür wird die Wärmeabgabe des Körpers durch Leitung und Strahlung erhöht, so daß wir uns kälter fühlen. Wenn es aber heiß und feucht ist, fühlen wir uns bedrückt und unbehaglich, weil die Schweißabsonderung und Verdunstung von der Hautoberfläche unterbunden sind. Trockene Luft vermindert und vertieft die Atemzüge, frische erhöht und verflacht sie. Die günstigste Feuchtigkeit im Zimmer sind 60 Proz., am Hygrometer abgelesen. Diese Feuchtigkeit muß man in geheizten Räumen durch feuchte Wasserbehälter zu erhalten suchen, die auf die Heizung gestellt werden.

Ein Denkmal der Lebensjahre. Als dauerndes Warnungszeichen hat die große amerikanische Stadt St. Louis in der belebtesten Geschäftsstraße ein Denkmal errichtet, welches den schnellvergehenden Automobilen in Erinnerung bringen soll, daß im Laufe des letzten Jahres 32 Kinder rücksichtslos für den zum Opfer gefallen sind. Das Monument trägt die mahnende Inschrift „Zum Gedächtnis der Kinder, die hier auf dem Altar der Hast und der Rücksichtslosigkeit geopfert wurden“.

Der Berliner Volkschor brach am Freitag, den 7., für seine Mitglieder und für Gäste einen Abend in der Aula des Andreas-Realschulhauses, Lindenstraße 75, an dem Bruchstücke aus Oberon, die nicht allein durch Selena (Eck und Thor) sondern durch rhabdikalische dramatische Bewegungsdarstellungen im Sinne der Lehre von August-Daloz vorgetragen werden. Die schönsten Darstellungen leitete Dr. Rander, die rühmlichsten Vorführungen Fr. Pfeiffer, die aus dem Vortrag übernommen hat. Beginn 8 Uhr. Der Eintrittspreis für Nichtmitglieder beträgt ein Fünftel Preis.

Der Herr Schreyer bricht am 8. Dez., 8 Uhr, in der Kunstausstellung der Kunst, Berlin 29, Potsdamer Str. 134a, über „Die dreifache Wirkung der Kunst“.

Deutschlands Retter. Nirgend ein Plan!

Die Schiffe an der Felsbühnenhalle, mit denen Rahr am 9. November Hitler besichtigte, lassen die nützliche Bewegung nicht zur Ruhe kommen. Die Zerlegung ist im nationalen Lager unaufhaltsam. Die gewalttätige Unterdrückung ihrer Presse kann sie hintanhalten, aber nicht für immer verhindern. Schilderungen des „Hammer“ charakterisieren die vollständige innere Haltlosigkeit und Zerfallens dieser Bewegung. In einer der letzten Hefen findet sich unter der Überschrift „Die Münchener Vorgänge“ eine interessante Darstellung, der mir folgendes entnehmen:

Von beteiligter Seite wird uns geschrieben: Als Anfang Oktober die innerpolitischen Gegensätze sich immer mehr verschärfen und von Bayern aus eine entscheidende Handlung erwartet wurde, ging ich mit einigen Freunden nach München. Wir wollten die dortige Lage feiner untersuchen und uns nach Möglichkeiten nützlich machen.

Wir fanden eine Spaltung im nationalen und völkischen Lager vor: den Kreis um Hitler und den Kreis um Rahr, ein Zustand, der uns befremdet erschien. Beide wollten im wesentlichen das gleiche: großdeutsche Politik, Abkehrung des Marxismus, Gewinnung der Arbeiterklasse für den nationalen Gedanken, Zurückdrängung des Judentums. Jeder mußte erkennen, daß diese Spaltung eine Schwächung bedeute. Bereinigt hätten beide Gruppen eine überwältigende Stoffkraft besessen. Die Schlinge wurde treffend beleuchtet durch eine Äußerung des Sozialistenführers Auer: „Solange Rahr und Hitler sich in den Haaren liegen, liegt unsere Sache gut.“

Es lag nahe, eine Annäherung zu versuchen. Als von auswärts kommende Unbeteiligte hielten wir uns für diese Aufgabe berufen. Andere völkische Männer bestärkten uns darin. Wir glaubten triftige Gründe genug zu besitzen, um beide Teile von der Notwendigkeit des Zusammengehens zu überzeugen. Die Macht war in die Hand Rahr's gelegt und es war einleuchtend, daß Hitler — trotz seines breiten gefestigten Ansehens — über Rahr hinweg nichts Ernstes unternehmen konnte. Andererseits mußte es Rahr erwünscht erscheinen, die vollständige Persönlichkeits-Hitlers mit den hinter ihm stehenden Massen für die Stärkung seiner Position zu gewinnen. Hitler war nun einmal der populäre Mann und es war ihm das Verbleiben nicht abzustreiten, wenn Rahr die Arbeiterklasse für den nationalen Gedanken zurückerobern zu haben. Auch in Norddeutschland wurde Hitler in solchem Sinne anerkannt und sein frisches Draufgängerium geschätzt.

Es mußte versucht werden, beide Kräfte vereint vor den Massen der nationalen Bewegung zu spannen; — freilich hatten genaue Kenner der Verschiedenart der Persönlichkeit ihre Bedenken, ob das möglich sei.

Wir gingen zu Rahr. Er war einer Zusammenarbeit mit Hitler nicht abgeneigt. Er habe ihm immer die Hand hingehalten, ihm wiederholt eingeladen; aber Hitler komme nicht. Im übrigen hatte Rahr eine lange Reihe kleiner und großer Versprechungen aufzuweisen, die Hitler und seine Leute sich hätten zuschreiben lassen. Trotzdem: er sei noch jederzeit erdicht, sich mit Hitler an einen Tisch zu setzen und ehelich mit ihm zu beraten. Den Verdacht, das Werkzeug verborgener Mächte zu sein, wies er mit Entschiedenheit von sich. Er sehe selbstständig seinen Weg nach eigener Überzeugung. Auch er wolle nach Berlin marschieren, aber den Zeitpunkt wolle er bestimmen.

Wir gingen zu Hitler. Er lehnte einen Anschluß an Rahr ab. Er hätte kein Vertrauen zu ihm. Rahr sehe im Banne des Zentrums und der katholischen „Bayerischen Volkspartei“ und werde letzten Endes römische Politik betreiben. Rahr sei schon wiederholt im entscheidenden Augenblicke umgeworfen und er werde es jederzeit wieder tun. Rahr werde bald abwirtschaften; dann werde der Zeitpunkt für Hitler gekommen sein. Man dürfe nicht das beste Pferd aus dem Stall für ein totes Rennen mit einreihen.

Noch abschreckender als Hitler selbst äußerten sich seine nächsten Vertrauten über Rahr. — Unter geringerer Rat fand keinen Boden. Wir gingen zu Ludendorff, dem man einen starken Einfluß auf Hitler zuschreibe. Wir baten ihn, verständlich auf Hitler einzuwirken. Er dankte für unsere ihn interessierende Berichterstattung, bedauerte aber, sich über seine Stellungnahme nicht äußern zu können, da die Erfahrungen ihn zu äußerster Zurückhaltung anwänden.

Wir haben uns zehn Tage in München aufgehalten und Fühlung mit fast allen führenden Männern der völkischen Verbände genommen. Wir hörten wiederholt die Klage: Hitler sei schwer zugänglich; er habe eine Kamorilla um sich, die Männer von Bedeutung ihm fernhalte. Eine Verständigung über gemeinsame Ziele sei daher nicht möglich. Wir haben nirgend einen Plan zu erkennen vermocht, der ein zweckbewusstes Vorgehen und richtige Vertretung der Rollen erkennen ließe. Vielleicht hat man uns nicht für würdig gehalten, Einblick in solche Pläne zu nehmen — obwohl wir nicht die ersten besten waren, sondern Männer, die durch Jahre und Jahrzehnte sich bewährt hatten. Vielleicht bestanden auch klare Pläne vor nicht.

Obwohl wir bereit waren zu opferwilliger erster Mitarbeit, hat man unsere Dienste nirgend begehrt. Es schien, als ob von München das Bestimmte als der Privatpost eines engen Kreises angesehen wurde, von dem alle anderen völkischen Männer sorgsam fernzuhalten seien.

Die Fruchtslosigkeit unserer Bemühungen erkennend, sind wir Mitte Oktober wieder abgereist — mit trübem Ahnungen im Herzen. Sowie unser Gewährsmann.

Eine Antwort aus Moskau.

Von der Moskauer Zentrale der Russischen Telegraphen-Agentur (Rosija) geht uns eine Mitteilung zu, wonach die bei uns wieder-gegebene Meldung, daß der Volkskommissar Stalin den Vorschlag gemacht habe, das freisprechende Urteil gegen die Mörder Woronits mit der Hinrichtung der in Moskau gefangenen gehaltenen Sozialrevolutionäre zu beantworten, vollkommen aus der Luft gegriffen sei. Die Moskauer Kreise seien überzeugt, daß diese Meldung von Propagandisten ausgehe.

Nach dieser Mitteilung zu urteilen, scheint in offiziellen Sowjetkreisen die Absicht nicht zu bestehen, einen neuen Akt der Vandalenjustiz in Moskau zu inszenieren. Daß aber die Befürchtungen hinsichtlich der Möglichkeit einer Aktion gegen die gefangenen Sozialrevolutionäre keineswegs grundlos gewesen sind, geht nicht nur aus verschiedenen Äußerungen in der „Pravda“ hervor, sondern auch aus einer offiziell gefärbten Erklärung des sowjetfreundlichen Berliner Blattes „Kolonne“. Es heißt in diesem Blatte in der Nummer vom 1. Dezember an leitender Stelle, daß in den offiziellen Kreisen der Sowjetregierung die Frage über die Verantwortlichkeit der gefangenen Mitglieder des sozialrevolutionären Zentralkomitees gar nicht aufgeworfen wurde. Als jedoch von außen her entsprechende Anregungen erfolgten, wurde eine Antwort erteilt, daß die Sowjetregierung nicht die Absicht habe, unter Bezugnahme auf das Kaufmann Urteil das Todesurteil gegen die gefangenen Sozialrevolutionäre vollstrecken zu lassen.

Es steht also unzweifelhaft fest, daß „von außen her“, also von einflussreicher kommunistischer Seite, jene Anregung erfolgt ist, gegen die wir uns in unserer Abendausgabe vom 30. November wandten. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß die öffentliche Kritik des Auslandes anscheinend mit dazu beigetragen hat, der erwähnten Moskauer „Anregung“ den Garaus zu machen.

Errichtung eines Politechnikums in Oberschlesien. Auf Antrag der Schulkommission des Oberschlesischen Landtages will die polnische Regierung in Oberschlesien ein Politechnikum errichten, das auf die Bedürfnisse der Industrie dieses Landes zugeschnitten sein soll.

Zum Aerztestreik.

Was die Kassenleitungen sagen. — Es geht um die Krankenversicherung.

Die Vorstände und Geschäftsführer der Krankenkassen, die dem Verband der Krankenkassen Berlins und dem Verband der Betriebskrankenkassen Berlins und der Nachbarrorte angeschlossen sind, hatten gestern eine stark besuchte Versammlung zur Erörterung des Aerztestreiks.

Direktor Bendig vom Krankenkassenverband referierte über die Regierungsverordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen und über die Stellung der Aerzte zu ihr. Er nannte die von der Aerzteorganisation als Protest gegen die Regierungsverordnung erfolgte fristlose Kündigung ihres Vertrages mit den Krankenkassen einen Vertragsbruch, wie er nicht zum ersten Male erfolgt sei. Die Kassen haben die Kündigung angenommen und sich mit der Vertragsauflösung einverstanden erklärt. Verhandlungen hielten sie für zwecklos, weil die Wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Aerztesbundes sich wiederholt als verhandlungsunfähig erwiesen hat. Die Aerzte wenden sich gegen die durch die Verordnung ihnen auferlegte Pflicht, nicht die Krankenkassen durch ihre Behandlungsmethoden ungebührlich zu belasten. Aber diese Pflicht bestand schon nach den früheren Verträgen, freilich ohne daß sie von verordnungswidrigen Aerzten befreit wurde. Der Referent gab tolle Proben der Berordnungen mancher Aerzte. In einem Betrieb wurden die Krankenkassen in einem Raub gesammelt und zum Arzt gebracht. Ohne die Patientinnen gesehen zu haben, verordnete der Arzt ein Mittel, das weiter nichts als ein Kometikum war. Die freie Arztwahl hat die Dinge verschlimmert. Struppellose Praktiken jüngerer Aerzte, die Jogg auf Patienten machten, haben die älteren Aerzte geschädigt. Manche von diesen müßten jetzt selber die Befreiung der freien Arztwahl. Die Regierung sah, daß es so nicht weitergehen konnte. Sie will nun durch ihre von den Aerzten so bekämpfte Verordnung Abhilfe schaffen. Die Verordnung sieht vor, daß einem die Kasse schädigenden Arzt fristlos gekündigt und er bis zu zwei Jahren von der Kassenpraxis ausgeschlossen werden kann. Entscheiden soll darüber ein Ausschuss aus Aerzten und Kassenvertretern mit einem unparteiischen Vornamen. Die Aerzte schreiben über „Berlegung der Standesehre“, weil Krankenkassen gegen fortgesetzte Schädigungen geschützt werden sollen. Seit wann haben die Aerzte ein stärker entwickeltes Ehrgefühl als andere Berufe? Die Aerzteorganisation kennt die Mißstände und müßte zugeben, daß die Regierungsverordnung nötig war. Auch die Beschränkung der Aerzetzahl ist nichts Unerhörtes. Bänglich hatten die Kassen eine viel zu große Zahl von Aerzten. Wenn wir auf je 1350 Mitglieder nur je einen Arzt zuließen, wären alle

Honorarstreikerlein beseitigt. Eine Aufstellung aus einer Woche der letzten Zeit ergibt, daß bei Verteilung des gesamten Honorars auf nur 1000 Aerzte durchschnittlich auf jeden Arzt pro Tag ziemlich 37 Millionen Mark kämen. Das ist gewiß nicht zu wenig, aber die Verteilungsmethode zieht allerdings 22 Prozent für ihre Veranlassungskosten ab und schreit dabei über „hohe“ Verwaltungskosten der Krankenkassen. Die Bestimmungen der Regierungsverordnung rechtfertigen keinen Streik, denn sie waren zum größten Teil längst vertraglich festgelegt und es ist nur wenig daran geändert worden. Aber gewisse Aerzte wollten die Belegenheit benutzen, ihre eigentlichen Zwecke zu fördern, die auf Beseitigung der Krankenversicherung hinauslaufen. Nicht mündert, daß auch die Berliner sozialistischen Aerzte in das Horn ihrer Kollegen bliesen. (Zustimmung.) Wenn wir die der Sozialversicherung und besonders der Krankenversicherung drohende Gefahr unterschätzen, wäre das ein verhängnisvoller Fehler. Daß eine vernünftige Einschränkung der Ausgaben bei den Krankenkassen unermesslich ist, müssen die Mitglieder einsehen. Sie ist nötig, um die Krankenversicherung aufrechterhalten, im Interesse der Versicherten und des ganzen deutschen Volkes. (Beifall.)

Ueber die Verhandlungen mit den Apothekern berichtete Verwaltungsdirektor Gruber. Sie sind bald nach der von den Apothekern verhängten Kreditstillestand eingeleitet worden. Das Ergebnis war, daß es im allgemeinen bei den bisherigen Bedingungen bleiben sollte. Die Bezahlung aber sollte künftig noch an demselben Tage in bar oder in Barchecks erfolgen. Daß die Mitglieder mit 10 Proz. Zuzahlung belastet werden, bestimmt die Regierungsverordnung. Die Apotheker ziehen die 10 Proz. bei der Verabfolgung ein. Der Vertrag war fast schon zustande gekommen, als plötzlich die Apotheker neue Forderungen stellten. Gegen weitere Hinauszögerung werden die Kassen sich wehren.

In der Diskussion wurde der Aerztestreik von verschiedenen Rednern als unberechtigt verurteilt.

Bendig teilte mit, daß der Aerztestreik die Apotheker, wie eine Äußerung ihres Organs zeigt, zu neuem Widerstand gereizt hat. Besorgt wurde, daß die Mitglieder 10 Proz. zuzahlen müssen. Diese Besorgnis der Regierungsverordnung sei, wurde erwidert, die Folge der Verordnungsnot mancher Aerzte. Die Regierung müsse auch durch einen Druck auf die Mitglieder hierin Wandel schaffen. Die Versicherten hätten diese Maßregel den Aerzten zu danken. Der Vertreter einer Innungskrankenkasse sprach zugunsten der Aerzte und der Apotheker. Direktor Albert Kohn von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin forderte, daß sozialempfindende Aerzte sich an die Seite der Versicherten stellen.

Die Milchpreiserhöhung.

Das Milchamt wendet sich an die Wucherpolizei.

Während der Preisabbau auf der ganzen Linie im Lebensmittelhandel eingeleitet hat und zum Teil schon durchgeführt ist, versucht die Landwirtschaft in diesem Augenblick die Preise für eines der wichtigsten Nahrungsmittel, für die Milch, in vollkommen unberechtigter Weise in die Höhe zu schrauben. Bekanntlich bestand in den letzten Jahren das durch die Unmöglichkeit einer Einfuhr bedingte System, den Milchpreis dadurch zu errechnen, daß man ihn in ein festes Verhältnis zum Butterpreis brachte. Die Landwirtschaft begründete dieses Verlangen damit, daß sie durch Verbutterung der Milch den höchsten Nutzen erzielen könne und daß, wenn sie auf die Butterherstellung verzichtete, ihr eine Gegenleistung gewährt werden müsse, die sie für den so entstehenden Ausfall restlos entschädige.

Vor einigen Wochen, als der Uebergang zur Goldwährung allgemein durchgeführt wurde, stellten sich die Landwirte auch in der Milchpreisberechnung auf Goldzahlung ein und erhielten in einer Woche 13. in der folgenden 14 Goldpfennige. Diese Beträge, die bereits weit über das hinausgehen, was der Landwirt im Frieden erhielt und die ihm noch dazu werbeständig bezahlt wurden, genötigten den Produzenten sehr bald nicht mehr und sie kündigten der Stadt Berlin in ganz kurzer Zeit die Goldrechnung und gingen wieder dazu über, den Milchpreis vom Butterpreis abhängig zu machen. Nun liegen die Butterpreise in Gold umgerechnet heute weit über den Friedenspreisen und Butter ist heute das teuerste Lebensmittel in Deutschland, da infolge des Devisenmangels die Einfuhr von dänischer und holländischer Butter und die früher in riesigen Mengen gelieferte schweizerische Butter fehlt. In einem Zeitraum von elf Tagen ist der Goldmilchpreis um 10 Proz. erhöht worden. Dabei steigt es durchaus in der Macht der Produzenten, durch Verknapfung der Butterproduktion die Preise stets in einer gewünschten Höhe zu halten. Das Milchamt Berlin hat sich bisher stets allen Wünschen der Landwirte gefügt und alle Preise bewilligt, um die Milchlieferungen wenigstens für Mütter und Säuglinge sicherzustellen. Das Ergebnis dieser Bemühungen war, daß gegenwärtig pro Tag 130 000 bis 140 000 Liter Milch nach Berlin geliefert werden, gegen 1 400 000 bis 1 500 000 Liter Milch vor dem Kriege. Die Milchversorgung ist also restlos zusammengebrochen und die Behörden sehen kein Mittel, um diesen unbehaltbaren Zustand ein Ende zu machen. Das Milchamt Berlin hat sich nunmehr in seiner Not an die Wucherabteilungen des Landespolizeiamtes und der Berliner Polizei gewendet und es sollen auch den militärischen Dienststellen entsprechende Mitteilungen gemacht werden. Es besteht die geradezu unübersehbar erscheinende Tatsache, daß der Milchpreis immer höher hinaufgesetzt wird und daß trotz aller „Anreize“ die Landwirtschaft in völliger Verkennung ihrer Pflichten gegenüber den Städten in der Milchfrage eine Ernährungspolitik treibt, die angeht des Glubsches weite Kreise nicht zu verantworten ist. Im Milchamt Berlin ist man der Ansicht, daß nur durch eine gezielte Einfuhr von Butter und Milch aus dem Auslande hier Wandel zu schaffen ist, doch besteht für die Zeit bis zur Durchführung dieser Pläne ernsteste Gefahr für die Gesundheit der Kinder, der werdenden Mütter und der Kranken in Groß-Berlin.

Auch die Emulsionsmilch, die z. B. Balle verkauft, folgt in der Zeit des Preisabbaues der entgegengesetzten Tendenz. In der vorigen Woche kostete 1 Liter 380 Milliarden. Am Sonntag wurden 490 Milliarden, am heutigen Tage aber bereits 500 Milliarden gefordert. Vielleicht wird auch diese merkwürdige Erscheinung von der Wucherpolizei liebevoll untersucht!

Händchens Not.

In einem südwestlichen Bezirksteil Groß-Berlins erwartet eine Anzahl Frauen den Balle-Wagen. Endlich kommt er und der Verkäufer gibt sofort bekannt, daß es heute nur drei Händchen der Nation gibt. Eine Dame, die sich vordrängt hat, bricht in beschwörendes Wimmern aus: „Aber Mann, ich bitte Sie, das geht doch nicht, geben Sie mir doch soviel wie sonst, was soll denn sonst mein kleines Händchen kriegen!“ Ein Wulfschrei der anderen Frauen, die sich allerdings nur für ihre Kinder angefüllt hatten, war die Antwort.

Der Mord in der Romintener Straße.

Die weiteren Ermittlungen zu dem Raubmord in der Romintener Straße sollen es immer sicherer erscheinen, daß der Mörder ein Mann ist, der sich bei der ermordeten Frau Deichhoff als Bewerber für ihre Lauscha-Wohnung einschrieb. Der Mann, der mit dem großen Paket mit den geräubten Sachen in der Romintener Straße gesehen worden ist, hat wahrscheinlich auch eine Frau in der Gubener Straße zweimal aufgeführt, weil sie ebenfalls ihre

Wohnung zum Vertauschen ausgeschrieben hatte. Auch hier mag er wohl ein Verbrechen geplant haben. Zu den geraubten Sachen gehört, wie jetzt festgestellt worden ist, noch ein Kostüm aus hellgrauem Homospunstoff. Der Rock hat feidische Falten, die zu seiner Verlängerung gebildet haben, und einen Gürtel mit einem Knopf auf der linken Seite. Die dreierleiartige Jacke hat schräge Taschen und graues Satinfutter. Mitteilungen über das Aufsuchen auch dieser Sachen erbittet die Wochkommission, Kriminalkommissare Werneburg und Albrecht, nach Zimmer 30 des Polizeipräsidiums.

Der Kontrollauschuss unter Anklage.

Ein bemerkenswerter Freispruch.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte waren die Arbeiter Josten und Jörn und der Angestellte Wollnagel gestern wegen Amtsannehmung angeklagt. Die Angeklagten waren vor dem Arbeitereminer Großbetriebe, u. a. der AEG, und Osram-Werke in einen sogenannten Arbeiterkontrollauschuss gewählt worden.

Nach den Angaben der Angeklagten bestand die Aufgabe dieses Ausschusses darin, die Wucherpolizei bei der Bekämpfung des Wuchers zu unterstützen. Zu diesem Zwecke hätten sie die an sie gelangten Nachrichten aus den Verbraucherkreisen nachzuprüfen gehabt. Es war dem Angeklagten gemeldet worden, daß in einer Eisenwarenhandlung in der Turmstraße Wucherpreise verlangt würden. Daraufhin begaben sie sich in das Geschäft und verlangten Aufklärung über die Kalkulation. Nach den Angaben der Zeugen sollen sie auch die Vorlegung der Rechnungen verlangt haben. Der Vertreter der Anklage erklärte in diesem Treiben der Angeklagten die Annahme eines öffentlichen Amtes und beantragte, sie zu einer Geldstrafe von je einer Million Mark zu verurteilen. Rechtsanwalt Dr. S. Weinberg betritt, daß von der Annahme eines öffentlichen Amtes die Rede sein könne. Kein Staatsbürger könne sich strafbar machen, wenn er als Käufer von einem Kaufmann die Vorlegung der Rechnungen verlange, zumal ja auch in vielen Kartellbedingungen die Bestimmung enthalten sei, daß die Bestraffungen des Kartells die Vorlegung der Bücher und Rechnungen verlangen könnten. Selbst wenn man das angebliche Verlangen der Angeklagten zivilrechtlich nicht für haltbar ansehen sollte, könne unmöglich gefolgert werden, daß sie handlungen vorgenommen hätten, die nur kraft eines öffentlichen Amtes ausgeübt werden dürfen. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und erkannte auf Freispruch.

Eine sozialdemokratische Studentenvereinigung.

Gestern Abend fand die Gründungsversammlung einer sozialdemokratischen Studentenvereinigung in den Räumen des „Vorwärts“-Gebäudes statt. Es wurde beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft in grundsätzlichen Fragen sozialistischer Politik und Lebensanschauung zusammenzurufen und Vorträge zu veranstalten, durch die auch außerhalb der Bewegung lebende politisch und weltanschaulich nach neuen Bindungen strebende Kreise gewonnen werden sollen. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Genossen Dr. Otto Friedländer, Helmut Lange, Otto Seiler. Aufschreiter sind zu richten an Liselotte Lange, Köpenicker Straße 172.

Fernsprechamt „Merkur“. Am 9. Dezember wird auf dem Grundstück Berlin W. 58, Französische Str. 33 b/c, eine neue Fernsprechstelle mit der Bezeichnung „Merkur“ eröffnet, an die gleichzeitig eine größere Zahl bisher zu den Vermittlungsstellen Zentrum und Wollnagel gehöriger Anschlüsse herangeführt werden. Eine Abgrenzung des Anschlußbereichs nach Straßenzügen findet nicht statt. Großbanken, die zum Amt Zentrum gehören, werden jedoch nach „Merkur“ umgeschaltet.

Schweres Grubenunglück in England. In dem Kohlenbergwerk Gubern bei Sheffield sind 133 Kohlenarbeiter durch Reissen des Seiles eines Förderkorbes in den Schacht gestürzt. Die Zahl der Toten beträgt fünf, verwundet wurden 46 Bergleute, davon 15 schwer.

Fallschirmabstürze deutscher Flieger in Frankreich. Auf der Reklamation des „Echo de Paris“ erschienen zwei deutsche Flieger, die das Blatt selbst nur als „Hans“ und „Fritz“ bezeichnet und erklärten sich bereit, Fallschirmabstürze aus 1000 Meter Höhe von einem Kriegsflogzeug vorzunehmen. Der Unterstaatssekretär für das Flugwesen gab seine Zustimmung und der erste Absturz fand aus 500 Meter Höhe hinter der Flughalle von Billancourt statt. Der Absturz gelang vortrefflich. Er sollte sofort wiederholt werden, doch war bei dem Experiment der Fallschirm nach geworden, so daß der zweite Versuch vorläufig vertagt werden mußte.

Zuschlag zur Kirchensteuer.

Vom „Bund religiöser Sozialisten“ wird uns zur Information derjenigen Parteigenossen, die Mitglieder der evangelischen Landeskirche sind, geschrieben:

Die Berliner Stadtsynode gedenkt in den nächsten Tagen von dem Evangelischen Berlin eine außerordentliche Umlage zu erheben, die zur ordentlichen Kirchensteuer für das Steuerjahr 1923 (1. April 1923 bis 31. März 1924) hinzutreten soll. Die Höhe der außerordentlichen Umlage beläuft sich auf 0,006 Proz. des Reinkommenssteuerjahres von 1922, multipliziert mit dem am 31. März 1922 geltenden Goldumrechnungssatz. Alle kirchlichen Umlagen basieren nämlich auf dem Reinkommenssteuerjahres des Vorjahres und werden nach Prozentsätzen berechnet. An sich erscheint daher die außerordentliche Umlage zunächst geringfügig; durch ihre Umwertung nach dem derzeitigen Goldumrechnungssatz aber schnell zu einer Höhe empor, die manchen Steuerpflichtigen, zumal in dieser Zeit der Erwerbslosigkeit oder verkürzten Arbeitszeit, empfindlich treffen dürfte. — Die Stadtsynode erklärt, die erhöhte Steuer zu benötigen für die Befoldung ihrer Beamten und Arbeiter (Kirchhofarbeiter), zur Erhaltung der kirchlichen Gebäude, der Wohlfahrtsanstalten, Diakonissenstationen usw. Sie behauptet, an Ersparnismaßnahmen das menschenmögliche zu leisten, so daß ihr Gesamtertrag für das laufende Rechnungsjahr bereits auf 1/3 ihres Friedenssatzes reduziert wurde. Auch macht sie geltend, daß die Kirchensteuer im ganzen nur einen geringen Bruchteil des jährlichen Einkommens der Steuerpflichtigen ausmache; z. B. betrage die Kirchensteuer bei Arbeitern und bei Beamten bis zur Besoldungsgruppe IX etwa 0,006 Proz., bei den höheren Gruppen 0,10 Proz. bis 0,12 Proz. des Einkommens. Hierzu wäre allerdings zu bemerken, daß die damit herbeizuführende Staffelung die progressive Steigerung vermissen läßt, die ein Gebot der einfachsten christlichen Gerechtigkeit wäre. Wenn Arbeiter und Beamte der Besoldungsgruppe V oder VI an Kirchensteuer 0,006 Proz. ihres Einkommens zahlen, dann können Beamte der Besoldungsgruppe X ganz gut das Doppelte und solche der Besoldungsgruppe XII oder XIII das Vier- und Fünffache leisten. Sie behalten dann immer noch ein erhebliches mehr zum Leben, als die unter ihnen rangierenden Klassen.

Oesterreichische Hilfe.

Die Wiener Kinder-Schutz- und Rettungsgesellschaft hat dem Deutschen Generalkonsulat für die Auslandshilfe E. B. ersucht, Treuhänder für eine von der genannten Gesellschaft in Berlin einzurichtenden Kinderpflegung für etwa 4—500 Kinder zu sein. Die Vertreter der Gesellschaft, Herr Johann Grimeisen und Herr Franz W. Müller, sind in Berlin eingetroffen und haben durch Vermittlung des Deutschen Generalkonsulats für die Auslandshilfe E. B. die erforderlichen Vereinbarungen mit dem Berliner Ausschuss für Kinderpflegung und Auslandshilfe und dem Berliner Jugendamt getroffen, wobei besonders hervorgehoben worden ist, daß jede politische oder konfessionelle Färbung dieses Hilfswerkes ausgeschlossen ist. Die Wiener Kinder-Schutz- und Rettungsgesellschaft hat bevor sie mit ihrem Plan vor die Öffentlichkeit trat, bereits einen Waggon Lebensmittel im Werte von 105 Millionen Kronen nach Berlin geschickt. Ferner ist ein Waggon Kohle in Aussicht gestellt. Nach Weggabe der einlaufenden Mittel will die Gesellschaft auch eine Bekleidungsaktion aufnehmen und, wenn möglich, auch eine Anzahl Berliner Kinder in österreichischen Familien unterbringen.

Gasvergiftung infolge Unachtsamkeit. Die 21 Jahre alte Erna Hoffmann aus der Friedenstr. 12, die an Besuch bei ihrer Schwester, einer Frau B. im Hause Berliner Straße 60 weilte, wurde morgens, nachdem sie dort übernachtet hatte, in ihrem mit Gas angefüllten Schlafrum tot aufgefunden. Es scheint Unachtsamkeit vorzuliegen.

Diebstahl an Fernsprechautomaten. Der 21 Jahre alte Zeichner Hans Dattow, der am Landsberger Platz wohnt, wurde in der Fernsprechanstalt auf dem Ringbahnhof Neufuß überführt, als er den Telephonhörer abgeschnitten hatte. Man nahm ihn fest und fand den Hörer in seiner Tasche vor. Der Täter wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Freier Straßenhandel im Weihnachtsmonat. Die den Straßenhandel beschränkende §§ 2 bis 4 der Polizeiverordnung vom 8. Oktober 1922 werden für die Zeit vom Dienstag, den 4. Dezember, bis Montag, den 31. Dezember, außer Kraft gesetzt. Für Sonntag, den 16. und Sonntag, den 23. Dezember, wird die Ausübung des Straßenhandels einschließl. des Handels mit Postkarten und Zeitungen auf Grund des § 35a, Abs. 2 der Reichsgemeindeordnung von 1 bis 5 Uhr nachmittags gestattet. Für Kinder unter 14 Jahren bleibt die Ausübung des Straßenhandels verboten.

Der Feind steht rechts. In der vom „Republikanischen Jugendbunde Schwarz-Rot-Weiß“ veranstalteten Kundgebung werden der Oberleitenden Landespolizei, Polizeikommissar Dr. Schilling, Dr. Schmidt und Frau Ida Schmitz die Verhaftung des Wort ergreifen. Die Veranstaltung findet heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftsbaus, Gangelstr. 25/26 statt. Eintritt frei! Jeder Republikaner muß erscheinen.

Das Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg veranstaltet am Sonnabend, den 16. Dezember d. J., einen Wohltätigkeitsabend zur Erhaltung eines Altersheims, im Konzertsaal Schweizergarten (Am Friedr. Str.). Die Wohlspielbühne hat sich zur Verfügung gestellt und wird mit ihrem großen Orchester und einem hervorragenden bunten Programm einen genussreichen Abend bieten. Karten zu vollständigen Preisen im Bezirksamt Prenzlauer Berg, Zimmer 328.

Hauptmanns „Überpeß“ liegt der Bezirksbildungsausschuss unter der Leitung von Dring Goldberg am Sonntag nachmittags im Theater am Zoo aufzuführen. Das Stück hat delamitisch sehr dankbare Rollen, die aber, wie Herr Germ als Vertreter des mitteilnehmenden Amtsvorstehers von Wehrhahn bewies, leicht zu Uebersetzungen verleiten, besonders dann, wenn man die Rolle so plänzlich beherricht und mit dastellenden Vorzügen ausgestattet ist wie es bei Herrn Heim der Fall war. Schließlich ist eine herrliche Vorstellung nicht dazu da, daß sich die Herrschaften auf der Bühne zum eigenen Spas belustigen und nach dazu am manichal recht unangenehmen Stellen. Lassen abgeben aber wurde rechtlich geübt. Friedrich Lohes Rentier Krüger darf zweifellos als Rubineinstreuer einer famos wiedergegebenen Bürgergattung gelten und sein echtes Unterwegs mit Wehrhahn entwickelte prächtigen Humor. Heute Sonntag ist in der Bombardier der Mutter Krüger schon ein drittes Mal beengt zu haben und kann nicht doch zur Antwidlung. Herr Krüger gab eine lebendige märchliche Schiffschreie und hätte Schlegel eine feste Ränge.

Sauß-Georgi begann am Sonntag im Beethovenaal seine Lustigen Neben mit einem neuen Programm, das rechtlich viel was es verlor. Die lebendige Art des Vortrags gewann auch den delamitieren Nummerne neue Seiten ab. Der Kollisionslamp aber ist eine zu kurze Sogde für einen längeren Abend. Auch dazu die Hilfe des Programms die Linie zwischen Vortragsaal und Bierlabereit zu belassen.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lage der Textilindustrie. Dem Innenmarkt fehlt die Kaufkraft.

Uns wird geschrieben: Der deutsche Textilaußenhandel hat im September d. J. einen weiteren merklichen Rückgang der Einfuhr an Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten und einen noch größeren Rückgang an Fertigfabrikaten erlitten. Die Ausfuhr an Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten ist etwa um 19 Proz. gefallen. Dagegen ist die Ausfuhr an Fertigfabrikaten erheblich um 65 Proz. gegenüber dem Monatsdurchschnitt und ein wenig gegenüber dem Vormonat gestiegen.

Der Rückgang der Einfuhr an Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten betrug im September 1923 gegenüber dem Monatsdurchschnitt des vorigen Jahres 38 Proz. und der Fertigfabrikate 63 Proz.

Die Ausfuhrziffern für Fertigfabrikate haben sich im Jahre 1923, von kleinen Schwankungen abgesehen, immer in aufsteigender Kurve bewegt. (Januar 1923 88,00, Februar 107,23, März 122,46, April 108,74, Mai 99,26, Juni 108,85, Juli 132, August 128,92, September 133,18.) Bemerkenswert ist hierzu noch, daß diese steigenden Ziffern der Außenhandelsbilanz infolge des Einbruchs in das Ruhrgebiet nur unvollständig wiedergegeben werden konnten.

Durch diese Ziffern des Textilaußenhandels wird bewiesen, daß die Krise in der Textilindustrie hauptsächlich eine Folge des Zusammenbruchs des Innenmarktes ist. Die fortschreitende Inflation in Verbindung mit der durch das Unternehmertum geförderten verkehrten Lohn- und Gehaltspolitik, haben dem Innenmarkt das Rückgrat gebrochen und die Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten gänzlich zerstört. Da die Textilindustrie Waren für den allgemeinen Gebrauch produziert, so mußte mit Notwendigkeit die Forderung des Innenmarktes, in erster Linie innerhalb der Textilindustrie, ihre Auswirkung finden.

Die Wiedergesundung unserer Wirtschaft, namentlich der Textilindustrie, ist nur möglich, wenn für den Warenabsatz auf dem Innenmarkt die Voraussetzungen geschaffen werden. Diese Voraussetzungen sind: Zahlung der Gehälter und Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln; Zahlung von ausreichenden Gehältern und Löhnen, die für eine Wiederaufbau des Innenmarktes Gewähr leisten.

Die Lohnpolitik der Textilindustriellen sowie der Arbeitgeber im allgemeinen ist leider nicht auf Erfüllung dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit eingestellt. Die Unternehmer sind bestrebt, die Löhne und Gehälter möglichst niedrig zu halten. Durch die Krise innerhalb der Textilindustrie finden diese Bestrebungen der Unternehmer eine besondere Stütze. So wirkt sich die Preispolitik der Unternehmer zum Schaden der Gesamtwirtschaft aus. Die Textilindustriellen hätten in erster Linie die Pflicht, eine Lohnpolitik zu beschließen, die anstatt zur Verflüchtigung der Kaufkraft und damit zur Zerstörung der Bevölkerung die Kaufkraft stärkt und stützt, zumal die Textilindustrie in erster Linie und in der sichtbarsten Weise die Schäden einer verkehrten Lohnpolitik empfinden muß.

Die Löhne, die in der Textilindustrie gegenwärtig, oftmals mit Hilfe von Schiedsprüchen durch das Reichsarbeitsministerium und den nachgeordneten Schlichtungsbehörden, den Textilarbeitern aufgezogen werden, sind so niedrig bemessen, daß auch nicht das allergeringste Existenzminimum, das doch jedem Staatsbürger sichergestellt sein muß, gewährleistet wird. Das Reichsarbeitsministerium und auch die nachgeordneten Schlichtungsbehörden sollten freilich einen größeren Weitblick für diese sozialen und wirtschaftspraktischen Erfordernisse haben und in der Lohnfrage nicht in so starkem Maße den Unternehmerrücksichten Rechnung tragen.

Die sogenannten „Goldlöhne“ der Textilarbeiter betragen z. B. in Schlesien und in der Lausitz an der Spitze 26 bis 32 Pf. und gehen bis auf 10 Pf. Stundenlohn herab. Diese Lohnsätze entsprechen kaum den Minimallohnsätzen, die in der Vorkriegszeit gezahlt wurden. Demals waren die Textilarbeiter am schlechtesten entlohnt. Nun dürfen aber die Preise für alle Bedarfsartikel, um weit über 100 Proz. höher liegen als in der Vorkriegszeit. Die Löhne, die wohl ziffernmäßig an die Löhne der Vorkriegszeit heranreichen, haben aber eine der Leistung entsprechend niedrigere Kaufkraft. Es ist daher ein Ding der Unmöglichkeit, mit so niedrigen Löhnen und Gehältern, die auf alle anderen Industrien selbstverständlich abzuheben müssen, den inneren Markt zu heben. Ein gesunder Innenmarkt ist aber die Voraussetzung für eine auf die Dauer mögliche Exportwirtschaft. Die Krise, wie sie jetzt die Textilindustrie heimsucht, muß selbstverständlich deren Bestehen und Entwicklungsfähigkeit und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt in jeder Beziehung hemmen. Trotzdem der Textilaußenhandel, soweit der wichtigste Ausfuhrposten in Betracht kommt, von der Krise nicht berührt ist, wird sich diese Exportmöglichkeit nicht auf die Dauer halten lassen, wenn nicht mit allen Mitteln dahin gestrebt wird, eine Gesundung unseres Innenmarktes herbeizuführen.

Die Metallarbeiter lehnen den Schiedspruch ab.

Die am Freitag und Sonnabend erfolgte Urabstimmung der in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen über den am 24. November gefällten Schiedspruch ergab eine große Mehrheit für dessen Ablehnung.

Heute abend wird sich eine Versammlung der Arbeiterräte und Betriebsratsvorsitzenden der B.M.A.-Betriebe mit der nunmehr entstandenen Situation befassen.

Zunehmende Auswanderung aus Deutschland.

Den Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir folgende Darstellung:

In der letzten Zeit suchen immer mehr deutsche Arbeiter nach dem Auslande zu kommen, um so den traurigen Verhältnissen in Deutschland zu entkommen. Wie aus allen an Deutschland grenzenden Ländern übereinstimmend gemeldet wird, nimmt der Zustrom von deutschen Arbeitern immer größeren Umfang an. Da für die meisten Länder eine besondere Einreisegewilligung nötig ist, versuchen die Deutschen dieselbe heimlich die Grenzen zu überschreiten. Auch aus Jugoslawien, Rumänien und Portugal wird über eine zunehmende Einwanderung von Deutschen berichtet.

Die überseeische Auswanderung ist gleichfalls im Steigen begriffen. Wer irgend die Mittel aufzutreiben vermag, wandert aus. Die Zahl der deutschen Auswanderer, die im ersten

Halbjahr 1923 von deutschen und holländischen Häfen abfahren, belief sich auf 40 872, davon 23 910 männlichen und 16 962 weiblichen Geschlechts. Die Auswanderung erreichte im Juni dieses Jahres einen Hochstand, wie er seit Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr beobachtet wurde. Die meisten deutschen Auswanderer gehen nach Südamerika, aber auch die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten nimmt in letzter Zeit zu. So berichten amerikanische Zeitungen über eine zunehmende Einwanderung von Deutschen, die vielfach durch die Hilfe ihrer in Amerika lebenden Verwandten zur Deckung der Reisekosten instand gesetzt werden. Gleichfalls mehren sich die Fälle, in denen deutsche Familien eines ihrer Familienmitglieder, meist junge Leute, nach Amerika schicken, damit diese zur Erhaltung der zurückgebliebenen Familie beitragen und deren spätere Ueberreise ermöglichen.

Einigung in der Mannheimer Metallindustrie.

Bei der Urabstimmung, die Montag vormittag in den einzelnen Betrieben über den Vergleichsvorschlag der Arbeitgeber vorgenommen wurde, hat sich die überwiegende Mehrheit für die Annahme entschieden. Im einzelnen stimmten dafür bei Lang 53 Proz., bei Benz 60 Proz., bei Brown, Boveri u. Co. 55 Proz. Nicht in ein Streik, für den eine Dreiviertelmehrheit notwendig wäre, verfielen. Die neuen Vereinbarungen zwischen beiden Parteien haben dadurch Giltigkeit erlangt.

Kein Jehustundentag im Ruhrgebiet. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Industriellen wegen Wiedereinführung der Jehustundenarbeitszeit sind, wie aus Essen berichtet wird, gescheitert, da die Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärten, am Achtstundentag festhalten zu müssen. Auch die Verhandlungen der Arbeitnehmervertreter mit der Firma Krupp sind aus demselben Grunde abgebrochen worden.

Aus der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes ist aus der von allen Parteien gebildeten Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen, weil in der letzten Zeit die Zusammenarbeit der Parteien derart geworden ist, daß sie den Interessen der Arbeiterschaft nicht dient.

Die tschechische Sozialdemokratie hat in der letzten Zeit im Parlament wiederholt mit den deutschen Sozialdemokraten und gegen die anderen tschechischen Koalitionsparteien gestimmt. So legte im Senat, wo sie für den Antrag unserer deutschen Genossen stimmte, einen Untersuchungsausschuß für die Korruptionsbeschuldigungen gegen das Spiritusamt einzusetzen, dessen Vorsitzender der Agrarführer und Senatspräsident Prachet ist.

Arbeitersport.

Internationale Hilfe für den deutschen Arbeitersport. Der Internationale Sportbund (Europäer Internationaler) erläßt soeben in einem Rundschreiben einen Aufruf zur Unterstützung des in besonderer Not befindlichen Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Schon vorher hatten verschiedene Länder Unterstützung gewährt, so tschechische und österreichische Genossen. Die deutschen Arbeitersportler werden in besseren Tagen gewiß bereit sein, alle ihnen angebotene Hilfe zu verweigern.

Sport.

Kurauf-Rennen im Sportpark. Der Fund deutscher Radfahrer hielt am Sonntag vor nicht allzu stark beleuchtetem Dunst sein drittes Hallen-Rennen ab. Am Preis der Stadt Berlin gab es einen sehr abwechselungsreichen Verlauf: Diamella und Heidenreich lieferten schmale Kämpfe. Bei Heidenreich mochten sich die alten Stars umgeben dem rüber, so daß er zum Unbehagen nicht erst antrat. Den Umkleidungsraum trafen Diamella, Heidenreich und Bog mit gleicher Quantität an. Diamella, welcher führte, wurde im Spurt von Heidenreich mit Quadrupel geschlagen. Auch Bog hielt sich sehr gut. Im Hauptfahren konnte Wilhelm Bodebusch hinter sich lassen. Recht flott wurde das Zweistunden-Rennschiffrennen gefahren. Schon die erste Viertelstunde brachte eine von Riethe unterstützte Hand, die das Feld sprengte. Hierbei verloren einige Rannschiffen eine Runde. Nach einer Stunde waren 41,700 Kilometer zurückgelegt. Die Vorläufe waren nicht allzu ernst zu nehmen. In den Vorkämpfen und Bräunten kämpften beherzteten Hans Bodebusch und Wassenheim-Schmidt die Situation. Kurz vor Schluss gab es noch eine schmale Hand Wassenheim, der zusammen mit Petermann-Gröben das gefamte Feld überdramt und damit den endgültigen Sieg an sich bringt.

Resultate: Preis der Stadt Berlin, Gesamtergebnis: 1. Heidenreich, 2. Diamella, Handbreite zurück, 3. Bog, 1/2-Ränge zurück. Halbrennen: 1. Wählerberg-Concordia, 2. Bodebusch 1 1/2 Ränge zurück, 3. Balle u. R. 2. 2 Ränge zurück. Zweistunden-Rennschiffrennen: 1. Wassenheim-Schmidt 80 000 Kilometer; 2. Punkte, 2. Erleben-Petermann 20 Punkte, 3. Riethe-Walweg 4 Punkte.

Die Meisterkategorie-Rennen in Wien-Berlin brachten am Sonntag folgende Resultate: 1. Rennen, Radfahren über 2 Kilometer. Sieger Billy Arend gegen Albert Bögel und Carl Radel, 2. Rennen: Drifter Lauf des „Großen Weihnachtsdreiwochs von Wien-Berlin“, Sieger Emil Vermanow knapp gegen Carl Witting und Erich Abraham, 3. Rennen: Punktfahren über 3 Kilometer. Sieger Billy Arend, 2. Emil Vermanow und 3. Alfred Schrage.

Beim Ringer-Wettkampf im Volkshaus-Theater werden jetzt die Schlußkämpfe ausgetragen, so daß der Wettkampf in den nächsten Tagen beendet sein wird. Am Freitag siegte nach hartem Kampf Romanoff über Billing in 55 Min. Schlangrit. Barlowitt unterlag nach 46 Min. gegen Kornblum. Siegfried II legte Dittmann nach 10 Min. durch einen Schlenker auf beide Schultern. Sonnabend: Kermann brachte Wacdonald in 18 Min. auf die Matte. Romanoff siegte in 15 Min. über Urbanoff. Der Reger Anglio konnte gegen Billing erst nach 48 Min. als Sieger hervorgehen. Der Ringer Kubanzen legte am Sonntag Kornblum nach 17 Min. auf die Matte. Urbanoff und Barlowitt rangen unentschieden. Im letzten Kampf siegte Kermann nach 20 Min. über Siegfried II.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

63. Wkt. Wilmersdorf, Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, bei Wollter, Ullandstr. 100, erweiterte Abteilungsversammlung.

Jugendveranstaltungen.

Wahlung, Heideckscher! Die Nachzahlung zur Theaterbesetzung am Sonntag, den 6. Dezember, beträgt für Mannschaften 0,50 Goldmark und für Einzelkämpfer 0,50 Goldmark. Die Verhellung findet nicht im Schiller-Theater wie vorgesehen, sondern im Roman Theater am Zoo, Bebenstraße, statt. Zur Aufführung gelangt „Der Überpeß“ von G. Hauptmann.

Beamtensitzung für Politik: Groß-Kamer: Wirtschaft: Natur-Gesellschaft: Gewerkschaftsbewegung: 3. Kamer: Revolution: Dr. John Schillmann: Lotztes und Schilges: Frau Kerschütz: Duzenroth: Th. Steudt: (Samlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berling G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Berling-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin G. M. B. H. Lindenstraße 2.

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im Groß-Berliner Wohnungsanzeiger als einzige Spezialzeitung für mobilierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Mobilierte Zimmer zu vermieten“ werden Meinungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Verband mit „Gr-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe. Bei allen Zeitungsänderungen und Klößen zu haben. Verlag und Hauptannahme: Zeitungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft, Jerusalemstr. 3/5. Fernsprecher: Dönhofs 3310-3312.

Marken-Zigaretten. Tabak-Zigaretten Garbay, Hispanus, Constantin, Karmirly, Avramikos, Moratti, e. tabac Tagespr. Tabakwaren Großhandl. Wertstr. 21, Teleph. Moabit 2114. Millarden sparen Sie bei ERICH SCHULZ Neukölln, Kala-Friedr.-Str. 220 an der Weinschleuse. Für den Winter: Strumpfwaren, Kinderstrümpfe, Trikotasen, Kinderwägen, Wollwaren, Damoc-Schlepper, Wolle, Nähgarn.

Jumperwolle in Blau, Schwarz, Weiß, Wollevertrieb Wilmersdorf, Alte Jakobstr. 92. Restehandy, Haarpuder Goltzstr. 2, L. G. Wollwaren, Herren- u. Damenstoffe, Seiden, Samt, schmalste Falttasche, bedruckte unter Preis.

Kernzellen, Kerzen, Schmierstoffe, Scheuerwässer und Colletestellen. Verkauf erfolgt nur an Wiederverkäufer. Unser Geschäft ist 1. Klasse von Zigarrenherstellung. Geben Sie also durch die Warenbesorgung und lassen Sie sich unsere Preise zeigen, es lohnt sich. Rannschiff u. Co., Gellertstraße 22, Moabit 50, Wkt. 18. Ullandstr. 22, Wkt. 18/50. Neu eröffnet! Marken-Zigaretten Garbay, Problem, Salem, Doka, Ickris usw. weit unterm Tagespreis. Besuch lohnend. J. Balsam, Tabakwaren Großhandlung, Seydelstr. 21.

E. BERNSTEIN Der Sozialismus einst und jetzt. Zweite Auflage, vermehrt durch die Kapitel: „Der Bildsozialismus“ und „Das Bleibende im Marxismus“. Brosch. Goldm. 2.—, geb. Goldm. 3,20. J. G. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. / SW 68, Lindenstr. 2.